

QUARTALSBERICHT

Projektland: Rumänien

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

- 1. Emil Boc als Parteivorsitzender wiedergewählt**
- 2. Korruptionsskandale in zwei Ministerien**
- 3. Ungarische Autonomieforderungen verärgern Rumänien**
- 4. IWF: Wirtschaftssanierung Rumäniens beispielhaft**

Die demokratisch-liberale Partei (PD-L) hält Parteitag und -wahlen.

Nach sechs Jahren führte die demokratisch-liberale Partei erstmals wieder einen Parteitag und Parteiwahlen durch. Im Vorfeld des Parteitags wurde vor allem die Wahl um das Amt des Parteivorsitzenden zur Schicksalswahl für den Parteivorsitzenden und amtierenden Premierminister, Emil Boc, stilisiert. Die Gruppe um den Generalsekretär, Vasile Blaga, versuchte eine Trennung von Parteiamt und Regierungsamt durchzusetzen und so die Wahl Emil Bocs zum Parteivorsitzenden zu verhindern. Letztlich jedoch konnte Präsident Basescu eine ausreichende Mehrheit der Delegierten für die Wiederwahl Bocs organisieren. So wurde Boc mit 62 % der Stimmen wiedergewählt, während auf seinen Herausforderer, Vasile Blaga, lediglich 34 % der Stimmen entfielen. Im Zusammenhang mit diesen Parteiwahlen wurde auch über einen Rücktritt Bocs vom Amt des Premierministers spekuliert. Da die Koalitionspartner eine Besetzung dieses Amtes mit einem Technokraten kategorisch ablehnten, ist Boc nun unangefochten weiter in beiden Ämtern. Bei der äußerst fragilen Mehrheit in Parlament und Senat, ist auch in Zukunft mit keiner größeren Regierungsumbildung oder gar einem neuen Regierungschef zu rechnen.

Korruptionsskandale im Arbeits- und im Innenministerium

Im Arbeitsministerium kam es zum Skandal als die Integritätsbehörde den Umgang mit EU-Fördergeldern im Arbeitsministerium überprüfte. Der damalige Arbeitsminister, Ioan Nelu Botis, hatte mit einer halben Million Euro großzügig ein

Arbeitslosenprojekt unterstützt. Bedauerlich für den Minister, dass seine Frau gegen ein fettes Honorar für diese Organisation tätig war.

Ebenfalls dumm, dass diese Organisation für ihre Büroräume in einer Immobilie des Ministers 1000 Euro Monatsmiete zahlte. Herr Botis hatte vorher noch dreist behauptet, die Räume kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Krönung war allerdings der Versuch weiteren Nachforschungen zum Verbleib der Gelder dadurch zu entgehen, in dem er die Vorgänge per ministeriellen Erlass als geheim einstufen ließ.

Staatsanwälte der Antikorruptionsbehörde haben gemeinsam eine Großrazzia im Schwarzmeerhafen Constanta durchgeführt. Dabei wurde ein Schmugglerring zerschlagen, der vor allem Zigaretten und chinesische Waren illegal ins Land brachte. Involviert waren neben 28 Zöllnern und Chefs der Hafenverwaltung auch der Generalsekretär im Innenministerium (entspricht einem Landespolizeipräsidenten in Deutschland) und der demokratisch-liberale Senator, Mircea Banias. Der rumänische Innenminister hat den Generalsekretär mit sofortiger Wirkung entlassen. Er und die beteiligten Zöllner sitzen derzeit in Untersuchungshaft. Gegen Senator Banias läuft bereits ein weiteres Verfahren wegen Steuerhinterziehung. Leider sind Bestechungen nicht nur in Behörden und Ämtern, sondern auch in der Wirtschaft an der Tagesordnung. Eine Studie von Ernst & Young belegt, dass Schmiergelder in Rumänien nach wie vor zum Alltagsbild gehören. 75% der rumänischen Befragten gaben an, dass hierzulande Korruption weitverbreitet und in fast allen Bereichen des Alltags anzutreffen sei.

Der Vizepräsident des ungarischen Parlaments, Balczó Zoltan, fordert von seiner Regierung finanzielle Unterstützung für die Autonomie des Szeklerlandes.

Im Rahmen einer Verwaltungsreform plant die rumänische Regierung, die bisherigen 41 Landkreise aufzulösen und das Land in acht große Verwaltungsregionen einzuteilen. Dieses Vorhaben stößt allerdings auf erbitterten Widerstand des Koalitionspartners, des Ungarnverbandes, der mindestens 16 Verwaltungsbezirke fordert. Doch nicht nur in Rumänien sondern auch in Ungarn stoßen diese Pläne auf wenig Gegenliebe. Wie der ungarische Vize-Regierungschef, Zsolt Semjen, ausdrückte, handelt es sich hier um eine vorsätzliche und nicht annehmbare Änderung der ethnischen Landkarte. Dieses Vorhaben sei eine Bedrohung für die ungarische Minderheit im Szeklerland und Siebenbürgen. Es sei sogar eine Angelegenheit von „Leben und Tod“. Die historische Region des Szeklerlandes und die von der ungarischen Minderheit bewohnten Landkreise müssen vereint bleiben, so die Botschaft aus Budapest. Bereits zuvor hatte der stellvertretende Parlamentspräsident seine Regierung aufgefordert, die Autonomie des Szeklerlandes nicht nur ideell sondern auch finanziell zu unterstützen. In Rumänien sorgte auch der ungarisch-reformierte Bischof und Vorsitzende des Nationalrats der Ungarn in Siebenbürgen für Irritationen. Hatte er bereits im Mai angekündigt, eine ständige Vertretung des Szeklerlandes in Brüssel zu eröffnen, so beklagte er nun, wenn auch haltlos, das Schicksal der ungarischen Minderheit in Rumänien. Er bezichtigte die rumänische Regierung eine Post-Trianon-Politik zu betreiben, die auf den Untergang der ungarischen Minderheit abzielt.

Neben den Eintrübungen bei den nachbarlichen Beziehungen mit Ungarn gibt es auch Spannungen mit der Ukraine und Russland. Beide Staaten sehen noch größeren Diskussionsbedarf wegen der Aufstellung des amerikanischen Raketenabwehrsystems auf rumänischem Territorium. So fordert Kiew Beratungen im Dreier-Format und möchte sich mit seinen amerikanischen und rumänischen Partnern über sämtliche diesbezügliche politische Aspekte austauschen. Moskau lehnt die einseitige Einrichtung des Schutzschildes ab und pocht auf eine Einhaltung der Vorgehensweise, wie sie auf dem NATO – Russland – Gipfel in Lissabon vereinbart wurde.

Seit der Abwahl der kommunistischen Regierung hat sich das Verhältnis zum kleinen Nachbarn, der Republik Moldau, ausgezeichnet entwickelt. So unterzeichneten der moldauische Interimspräsident, Marian Lupu, und der rumänische Staatspräsident, Traian Basescu, ein Abkommen zur strategischen Partnerschaft, das die Eckpunkte und den Fahrplan zur europäischen Integration des Nachbarlandes festlegt.

Ein weiteres Thema, das Rumänien seit dem letzten Jahr besonders anrührt, ist der Beitritt zur Schengenzone. Technisch hat Rumänien alle Vorgaben erfüllt. Was Brüssel noch zögern lässt, ist das mangelnde Vertrauen in das Reformtempo und den Reformwillen Rumäniens und Bulgariens. Es gilt zwar als sicher, dass der Schengen beitritt kommen wird, nur das Wann will niemand nennen. Derzeit scheint ein stufenweiser Beitritt Rumäniens als die wahrscheinlichste Lösung. Zuerst kommt die Ausweitung des Schengenraums auf die Flughäfen und dann folgen die See- und Landgrenzen.

Wirtschaftssanierung Rumäniens beispielhaft

Die Wirtschaftssanierung Rumäniens wurde vom Internationalen Währungsfonds als beispielhaft bezeichnet. Jeffrey Franks, Chefunterhändler des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Bukarest, gab jetzt bei seiner Evaluierungsmission bekannt: „Es gebe klare Anzeichen, dass die Erholung der Wirtschaft Rumäniens bereits eingesetzt habe. Das Land dürfe folglich wieder Wirtschaftswachstum erwarten.“ Der IWF rechnet mit einem Wachstum der Wirtschaftsleistung von 1,5 % in 2011 durch stetig steigende Exporte und eine wachsende Nachfrage beim Binnenkonsum. Für 2012 erwartet der IWF sogar ein Wirtschaftswachstum von 3,5 % bis 4 % des Bruttoinlandproduktes (BIP).

Getrübt werden die positiven Aussichten durch leider ständig steigende Verbraucherpreise. Die Inflation erreichte im April des Jahres mit 8,34 % ein Rekordhoch. Hauptpreistreiber waren im April Sprit, Heizöl und Strom. Doch auch im Nahrungsmittelsektor zogen die Preise teilweise kräftig an. Nach wie vor verfügt Rumänien, nach Bulgarien, in der EU statistisch über die geringste Wirtschaftskraft pro Einwohner. So lag nach Schätzungen des europäischen Statistikamtes das Bruttoinlandsprodukt Rumäniens pro Kopf gemessen in Kaufkraftstandards um etwa 55 % unter dem Durchschnitt der 27 EU-Staaten. Das geringste BIP pro Kopf wies Bulgarien mit 43 % des EU-Durchschnitts auf, wobei Rumänien mit 45 % auch nicht wesentlich besser abschnitt.

Der strenge Sparzwang, dem die rumänische Regierung unterliegt, führt weiterhin zu Einschränkungen bei den Sozialleistungen. So wurden für kommenden Winter die Heizkostenzuschüsse für Sozialschwache gestrichen. Schwer betroffen sind auch weiterhin die Ministerien allen voran das Innenministerium, in dessen Amtsbereich bei der Polizei nochmals 8000 Stellen abgebaut werden.

Pünktlich zum Quartalsende haben sich jetzt die Mitglieder des Senats und des Parlaments in die Sommerpause verabschiedet. So müssen Verwaltungsreform und Verfassungsänderung noch etwas warten.

Klaus Sollfrank

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bukarest, Rumänien

IMPRESSUM

Erstellt: 04.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de